Ost/Mag
Wissenschaftliche Beiträge
des Ostinstituts Wismar
Ostinstitut/Wismar

Steuerfandung in der Ukraine

Autorin: Iryna Petrova *

Stand: Juli 2020

Inhaltsverzeichnis:

A. Allgemeiner Überblick
B. Zur Geschichte
C. Rechtliche Grundlagen
D. Hierarchie der Verwaltung
E. Leitung, Struktur
F. Aufgaben
G. Steuerpolizei der Ukraine
H. Unmittelbare und indirekte Zuständigkeit für die Durchführung der Fahndungsmaßnahmen
I. Vorgerichtliche Untersuchungsfrist in der Ukraine
J. Gründe für die Durchführung geheimer Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen
K. Festlegung der Entscheidung über die Fahndungsmaßnahmen
L. Anforderungen an die Anordnung des Ermittlers oder des Staatsanwaltes
M. Auswertung der Untersuchungsergebnisse
N. Ausbildung und Fortbildung des Nachwuchses für Steuerpolizei der Ukraine
O. Internationale Zusammenarbeit
P. Schlussbemerkung

Zitierweise: Petrova, I., Steuerfandung in der Ukraine, O/L-2-2020, https://www.ostinstitut.de/documents/Petrova_Steuerfandung_in_der_Ukraine_OL_2_2020.pdf.

* Prof. Dr. Iryna Petrova, Universität des Staatlichen Fiskalischen Dienstes der Ukraine.

A. Allgemeiner Überblick

Die Steuerverwaltung in der Ukraine ist als Teil der öffentlichen Verwaltung für das Besteuerungsverfahren zuständig und hat die Aufgabe, die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen und erheben (also das gleiche Ziel wie nach § 85 der deutschen Abgabenordnung).

Die Erhebung von Steuern ist gesetzlich geregelt und wird verwaltet vom Staatlichen Steuerdienst der Ukraine mit ihren ihn unterstehenden Behörden auf regionaler und örtlicher Ebene.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Ertragskompetenz, d.h. die Verteilung der Steuererträge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden von Art. 106 GG geregelt wird, hatte die Ukraine bis zur *Maidan-Revolution* von 2014 eine zentrale Verwaltung und alle Steuererträge flossen in den Haushalt des Staates ein. Dann wurden sie zwischen den Gebieten, Städten und Gemeinden verteilt. In einem Land, das von sowjetischen Strukturen geprägt ist, ist das nicht leicht.

Nach der *Maidan-Revolution* hat die Ukraine damit begonnen, den Staat zu dezentralisieren. Die Gebiete, Städte und Gemeinde dürfen zum ersten Mal über ihr Geld entscheiden und die Lebensqualität der Bürger verbessern. Dezentralisierung findet in der Ukraine nicht als Föderalisierung, sondern vor allem durch eine Vereinigung und anschließende Ermächtigung fusionierter Großgemeinden statt. Kleinkommunen schließen sich zu so genannten amalgamierten Territorialgemeinden (ob'jednani terytorial'ny hromady) zusammen, welche erweiterte politische, administrative und finanzielle Kompetenzen erhalten.

Anfang 2019 begann eine zweite Reformphase in der Ukraine. Mit der Gebietsreform geht eine „sektorale Dezentralisierung", vor allem im Dienstleistungs-, Gesundheits- und Schulwesen einher.

B. Zur Geschichte

Der Staatliche Steuerdienst der Ukraine und der Staatliche Zolldienst der Ukraine wurden laut Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine № 1200 vom 18. Dezember 2018 durch Umstellung vom Staatlichen Fiskalischen Dienst der Ukraine gegründet[1].

Der Staatliche Fiskalische Dienst der Ukraine wurde vom Ministerium für Einkommen und Abgaben im Mai 2014 gegründet.

Seinerseits wurde das Ministerium für Einkommen und Abgaben am 24. Dezember 2012 mit Vereinigung des Staatlichen Steuerdienstes der Ukraine mit dem Staatlichen Zolldienst der Ukraine

[1] Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 18.12.2018 № 1200 „Umstellung vom Staatlichen Fiskalischen Dienst der Ukraine".

gegründet, welche später im Mai 2014 reorganisiert und im Staatlichen Fiskalischen Dienst der Ukraine zusammengeführt wurden.

Zu der Struktur des Staatlichen Fiskalischen Dienstes der Ukraine gehörten vom Anfang der Begründung auch die speziellen Steuerpolizeibehörden (Steuermiliz), die mit verschiedenen Steuer- und Finanzverletzungen kämpfen. Bis heute funktioniert die Steuermiliz in der Struktur des Staatlichen Fiskalischen Dienstes der Ukraine. Die Steuerpolizei, wie auch Polizei der Ukraine, ist eine staatliche, bewaffnete Behörde der vollziehenden Gewalt und funktioniert in der Ukraine seit 30. Oktober 1996.

C. Rechtliche Grundlagen

Laut Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 06. März 2019 № 227 hat der Staatliche Steuerdienst der Ukraine folgende Aufgaben:

- Staatliche Steuerpolitik, einschließlich im Bereich der Kontrolle der Produktion und des Umlaufs von Alkohol, alkoholischen Getränken, Tabak und Brennstoffen. - Kontrolle über den Eingang von Steuern, Gebühren, Zahlungen an den Staatshaushalt.
- Staatliche Politik zur Bekämpfung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch Anwendung von Steuerrechtsvorschriften.
- Staatliche Politik der Beitragserhebung zur staatlichen Sozialversicherung.
- Einhaltung des Verfahrens zur Durchführung von Barzahlungen für Waren und Dienstleistungen.
- Vergabe von Lizenzen zur Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten, für die eine Genehmigung laut Gesetz erforderlich ist[2].

Die Tätigkeit des Staatlichen Steuerdienstes der Ukraine leitet und koordiniert die Regierung, das sog. Ministerkabinett der Ukraine durch den Finanzmister.

Die Berechnung und Erhebung von Finanzmonopolen, Verbrauchsteuern, Grunderwerbsteuern, Erbschaft- und Schenkensteuern, Lohn- und Einkommensteuern, Umsatzsteuern, Körperschaftsteuern und anderen Steuern wird durch den Steuerkodex von 2010 geregelt.

D. Hierarchie der Verwaltung

Die Steuerverwaltung in der Ukraine gliedert sich in drei Verwaltungsebenen.

Die erste ist zentral und strategisch geprägt. Sie wird durch den Staatlichen Steuerdienst der Ukraine mit seinem zentralen Apparat aus 16 Departments in Kyiv vertreten.

[2] Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 06.3.2019 № 227 "Staatlicher Steuerdienst der Ukraine Verordnung".

Die zweite Ebene ist regional gegliedert und umfasst die Gebiete der Ukraine (24 Regionalgebiete, vergleichbar den Deutschen Bundesländern) sowie die Landeshauptstadt Kyiv). Darüber hinaus existieren noch die Sonderverwaltungsregionen Karpatien, Wolynien und Krim (27 insgesamt).

Die dritte Ebene ist kommunal verankert. Sie wird und durch umfangsreiche Behörden wie Steuerinspektionen und Steuerpolizeibehörden in allen Gemeinden und Städten der Ukraine repräsentiert.

E. Leitung, Struktur

Der staatliche Steuerdienst der Ukraine besteht nach der Reorganisation des staatlichen fiskalischen Dientes (SFD) aus

- Vorsitzenden, Stellvertreter, Zentralen Apparat mit 13 Departments und 2 Abteilungen für Korruptionsbekämpfung und Datenschutz;
- Regionale Behörden: 24 Hauptämter in den Gebieten der Ukraine und in Kyiv, 1 Büro der großen Steuerzahler in Kyiv mit 5 Verwaltungsbehörden (Dnipro, Saporischschja, Lwiw, Odessa, Charkiw) und Information- Auskunft Department;
- Örtliche Behörden mit 161 Steuerinspektionen wie einfachen, als auch vereinigten[3].
- Der staatliche Zolldienst der Ukraine besteh nach der Reorganisation des SFD aus
- Vorsitzenden, Stellvertreter, Zentralen Apparat mit 13 Departments, 7 Abteilungen und 3 Referaten für Korruptionsbekämpfung und Datenschutz;
- Regionale Behörden: 16 Zollämter, Department für Hundestaffel und Expertenlabor[4].

In Struktur des Staatlichen Fiskalischen Dienstes und seiner territorialen Behörden funktioniert bis heute als einziges, staatliches und bewaffnetes Organ der exekutiven Gewalt die Steuerpolizei der Ukraine, welche mit den verschiedenen Steuer- und Finanzrechtsverletzungen kämpft.

In der Struktur der Steuerpolizei (Steuermiliz) funktionieren im zentralen Apparat:

- Haupteinsatzverwaltung (Steuerfahndung);
- Hauptermittlungsverwaltung;
- Hauptverwaltung für innere Sicherheit;
- 11 zusätzliche Abteilungen mit zahlreichen unterstehenden Abteilungen mit gleichen Aufgaben bei den territorialen Organen in den 24 Gebieten der Ukraine und in Kyiv und im 1 Büro der großen Steuerzahler[5].

[3] Offizielle Seite des Staatlichen Steuerdienstes der Ukraine lautet: https://tax.gov.ua/.
[4] Offizielle Seite des Staatlichen Zolldienstes der Ukraine lautet: https://customs.gov.ua/.
[5] Offizielle Seite des Staatlichen Fiskalischen Dienstes der Ukraine lautet: http://sfs.gov.ua/.

In der Struktur der Steuermiliz der Ukraine funktioniert schon seit 5 Jahren die sog. Sondereinheit „Fantom“. Ihre Aufgaben sind: Verhinderung und Verzögerung der bewaffneten Aggression der Russische Föderation in Donezker und Luhansker Gebieten, sowie auch Verhinderung von Schmuggel und Waffenschieberei, illegalen Versand von Waren durch die Entflechtungszone.

F. Aufgaben

Zu den Kernaufgaben des Staatliches Steuerdienstes der Ukraine zählen laut **§ 4** Verordnung für SSD der Ukraine **85** Hauptaufgaben und gemäß **§ 5** noch **14** zusätzliche Befugnisse[6].

Hierzu zählen insbesondere die Vorbereitung und Erarbeitung von Gesetzentwürfen im Steuerbereich, die Begleitung der Erörterung in und mit parlamentarischen Gremien und der Regierung, die Erstellung von Entwürfen für Antworten auf parlamentarische Anfragen sowie von Redebeiträgen für den Leitungsbereich des SSD, die Verhandlung von Steuerabkommen, die Entwicklung und Anpassung steuerlicher Regeln und Standards auf Ebene der EU und OECD, die internationale Zusammenarbeit mit den Steuerverwaltungen anderer Staaten, sowie die Erstellung von einheitlich abgestimmten Regelungen zum Steuerrecht.

Zu den Aufgaben des SSD der Ukraine zählen auch die Mitwirkung an Außenprüfungen, Verwaltung, Erstattung und Freistellung von ukrainischen Abzugssteuern, Rechts- und Amtshilfe, zentrale Sammlung und Auswertung von steuerlichen Auslandsbeziehungen und die Vergütung von Vorsteuerbeträgen, Vergabe der Umsatzsteuer- Identifikationsnummer, Pflege der Datenbanken.

G. Steuerpolizei der Ukraine

Die Steuerpolizei der Ukraine erfüllt ihre Aufgaben in den Bereichen:

1) strafrechtliche Verfolgung der Steuerhinterzieher im Besteuerung- und Haushaltsphäre;
2) Kontrolle der Steuerzahler durch die Finanzbehörden, insbesondere durch die Steuerfahndung;
3) administrative Sanktionen wegen Verletzungen des Verwaltungsrechts;
4) Bekämpfung der Korruption im Staatlichen Steuerdienst der Ukraine, Aufklärung, Verhütung sowie die Beweissicherung in diesen Fällen.

Die Steuerpolizei der Ukraine richtet sich in ihrer Tätigkeit nach der Verfassung der Ukraine, den Gesetzen der Ukraine, dem Strafgesetzbuch der Ukraine, der StPO (Strafprozessbuch der Ukraine) und anderen Rechtsvorschriften. Die Steuerpolizei verwirklicht die Kontrolle der Befolgung der Steuergesetzgebung.

[6] Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 06.3.2019 № 227 “Staatlicher Steuerdienst der Ukraine Verordnung“.

Laut Art. 216 Strafprozessbuchs der Ukraine ist die Steuerpolizei zuständig für die Einleitung des Strafverfahrens für Delikte in der Besteuerungssphäre[7].

Man muss erwähnen, dass durch das Gesetz Nr. 2213-VII v. 16.11.2017 Änderungen im StGB der Ukraine und der StPO der Ukraine vorgenommen wurden, um Unternehmen vor Missbrauch der Behörden, einschließlich der Steuerpolizei, zu schützen. Das Gesetz, das inoffiziell auch *„Maskenshow-Stop"* genannt wird, zielt auf die Verringerung der Anzahl unbegründeter Untersuchungen und die Stärkung der Rechte von Unternehmer, gegen die ein vorgerichtliches Ermittlungsverfahren durchgeführt wird ab. Vorgesehen ist u.a., dass von Hausdurchsuchungen vollständige Audio- und Videoaufzeichnungen angefertigt werden müssen und die betroffene Person während der Hausdurchsuchung die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch nehmen kann (VVRU 2017, Nr. 49-50. Pos.444).

Laut Art. 75 des Steuerkodexes der Ukraine werden die Betriebsprüfungen von staatlichen Steuerbehörden der Ukraine durchgeführt und die Prüfungen können sein: die sog. kamerale Prüfungen, Belegkontrolle (planmäßige, unplanmäßige; auswärtige, nicht auswärtige) und thematische Prüfungen. Prüfungsverfahren ist von Kapitel 8 des Steuerkodexes der Ukraine geregelt[8].

Im Fall, wenn ein Betriebsprüfer Abgabebetrug, Steuerhinterziehung oder Steuerverkürzung festgestellt hat, schreibt er einen negativen Akt der Prüfung. Aus diesem Grund besteht dann eine Bindung des Steuerdienstes der Ukraine mit Fiskalischen Dienstes der Ukraine, d.h. mit der Steuerpolizei, die Fahndungsmaßnahmen und Strafverfahren laut dem Gesetz „Über Ermittlungs- und Fahndungstätigkeit"[9], dem StPO der Ukraine und dem StGB der Ukraine beginnt.

Die Angriffshandlungen von der Steuerpolizei können auch nach der Information von anderen rechtspflegenden Behörden der Ukraine, State Financial Monitoring Service, einschließlich von Financial Intelligence Unit, FIU, internationalen Behörden und sogar von Information aus Massenmedien und Bürger beginnen.

In der Zeit vom 18.03.2020 bis zum 31.05.2020 waren alle Prüfungen unterbrochen und eingefroren.

H. Unmittelbare Zuständigkeit für die Durchführung der Fahndungsmaßnahmen

Direkte Zuständigkeit:

- rechtswidrige Erzeugung, Bewahrung und Absatz von Aktiengeschäften (Art. 204 StGB der Ukraine);
- fiktive Unternehmen (Art. 205 StGB der Ukraine);

[7] Strafprozessordnung der Ukraine. Gesetz Nr. 4652-VI v. 13.04.2012.
[8] Steuerkodex der Ukraine. Gesetz Nr. 2755-VI v. 02.12.2010.
[9] Gesetz „Über Ermittlungs- und Fahndungstätigkeit". Nr. 2135-XII v. 18.02.1992.

- Urkundenfälschung bei der Gewerbeanmeldung (Art. 205[I] StGB der Ukraine);
- Steuerhinterziehung, einschließlich Hinterziehung von allgemeinen Versicherungssteuern (Art. 212, 212[I] StGB der Ukraine);
- Fälschung von Markenartikeln (Art. 216 StGB der Ukraine);
- Begehung und Verschleppung von Bankeninsolvenz und zur Vermögensverfall (Art. 218[I], 219 StGB der Ukraine).

Indirekte Zuständigkeit:

- Zufügung des Vermögensschadens durch Betrug oder Vertrauensbruch (Art. 192 StGB der Ukraine);
- Geldwäsche (Art. 199 StGB);
- illegale Handlungen mit Kreditkarten, Banküberweisungen, E-Money, Ausrüstung für Herstellung (Art. 200 StGB);
- Betrugsdelikte mit Finanzquellen (Art. 222 StGB);
- Manipulierung auf dem Aktienmarkt (Art. 222[I] StGB);
- Fälschung von Urkunden, Stempelfälschung oder die Verwendung von gefälschten Urkunden und Stempeln (Art. 358 StGB);
- Dienstliche Fälschung (Art. 366 StGB)[10].

Der Strafprozess in der Ukraine hat drei Verfahrensabschnitte: Vorverfahren (Fahndungs- und Ermittlungsverfahren), Zwischenverfahren und Hauptverfahren. Das Vorverfahren liegt in der Hand der Staatsanwalt, die bei ihrer Tätigkeit zumeist auf die Angehörigen der Steuerpolizei, Polizei und auf anderen Personen als ihre Hilfsbeamten zurückgreift.

I. Vorgerichtliche Untersuchungsfrist in der Ukraine

Sie beginnt mit der Erfassung von Straftaten in das nationale Strafregister (elektronische Datenbank) sowie der vorgerichtlichen Untersuchungen bis zum Tag der Verdachtsmeldung durch den Ermittler und dauert bis zu:

- 6 Monate – beim Strafverfahren hinsichtlich kriminellen Vergehens
- 12 Monate – bei „leichten“ oder „mittleren“ Straftaten
- 18 Monate – bei „schweren“ oder „besonders schweren“ Straftaten (Abs. 1 Art. 219 StPO der Ukraine)[11].

[10] Strafgesetzbuch der Ukraine. Gesetz Nr. 2341-III v. 05.04.2001.
[11] Strafprozessordnung der Ukraine. Gesetz Nr. 4652-VI v. 13.04.2012.

Die vorgerichtliche Untersuchungsfrist in der Ukraine endet binnen Monatsfrist von dem Tag der Verdachtsmeldung einer Straftat oder innerhalb von zwei Monaten von dem Tag der Verdachtsmeldung einer Straftat gemäß Abs. 1 Art. 219 StPO der Ukraine.

J. Gründe für die Durchführung geheimer Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen

Dies gilt immer dann, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, um Informationen über eine Straftat und dessen Täter zu erhalten.

Über die Durchführung geheimer Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen (GFEF) entscheiden in der Ukraine der Ermittlungsbeamte, Staatsanwalt, Ermittlungsrichter auf Antrag des Staatsanwaltes oder eines anderen Ermittlungsführers. Wer ist befugt, Fahndungsmaßnahmen durchzuführen? Das sind: Ermittlungsführer oder im Auftrag des Ermittlungsbeamten sowie die zuständigen operativen Fahndungsabteilungen der Steuerpolizei.

Die Fahndungsmaßnahmen werden ausschließlich im Strafverfahren bei „schweren“ oder „besonders schweren“ Straftaten durchgeführt.

Niemand muß den Eingriff ins Privatleben dulden.

Außergewöhnliche Umstände: Personenrettung oder Vorbeugung von schweren oder besonders schweren Straftaten.

Geheime Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen können zur Anordnung durch den Ermittlungsrichter auf Antrag des Ermittlungsbeamten, jedoch nur nach Absprache mit dem Staatsanwalt durchgeführt werden.

Der Staatsanwalt stellt unmittelbar zu Beginn der Fahndungsmaßnahmen den Prozessantrag beim zuständigen Ermittlungsrichter.

Die Frist des Beschlusses des Ermittlungs-richters darf nicht die Dauer der Fahndungsmaßnahmen überschreiten, längstens jedoch maximal 2 Monate betragen. In Ausnahmenfällen kann die Frist der GFEM auf Antrag beim Staatsanwalt verlängert werden.

K. Festlegung der Entscheidung über die Fahndungsmaßnahmen

In der ersten Stufe laut Verordnung des Untersuchungsbeamten oder Staatsanwaltes (Art.110 StPO) wird die Information über Person, zu deren Lasten die GFEM durchgeführt wird, gesammelt (Abs. 5 Art. 251 StPO)[12].

[12] Strafprozessordnung der Ukraine. Gesetz Nr. 4652-VI v. 13.04.2012.

In den zweiten Schritt wird Art von GEFM gewählt. Die Art der GEFM muss der Vorschrift entsprechen. Die Zeit der Durchführung entspricht der Genehmigung.

Und drittes erfolgt die Festlegung der GEFM: Protokoll, Datenträger, Beilage zum Protokoll. Das Protokoll füllt der Ermittler aus.

L. Anforderungen an die Anordnung des Ermittlers oder des Staatsanwaltes

Die Anordnung des Ermittlers oder Staatsanwaltes muss erhalten:

1) Name des Strafverfahrens und die korrespondierende Registriernummer
2) die rechtliche Qualifikation des Verbrechens unter Angabe des Artikels (Teil des Artikels) des Strafgesetzbuchs festgehalten werden
3) Informationen über die Täter, den Ort oder die Sache, hinsichtlich deren die GFEM durchgeführt werden sollen
4) Beginn, Dauer und Zweck der GFEM
5) Angaben zum zuständigen Ermittler
6) die Begründung der angenommenen Entschließung, einschließlich der Begründung für unzureichende Beweislage hinsichtlich der vermuteten Straftat und mangelnden Informationen über den oder die Täter
7) Angaben über die Art der durchgeführten GFEM.

M. Auswertung der Untersuchungsergebnisse

Protokolle mit Anhängen müssen innerhalb von 24 Stunden an den zuständigen. Staatsanwalt übermittelt sein, damit dieser über die Aufbewahrung der Protokolle entscheidet, die er im Verfahren verwenden möchte.

Geheimhaltungsklassen der Informationsträger bei GEFM unterliegen einer Freigabe auf der Grundlage der Entscheidung des Staatsanwalts.

Die freigegebenen materiellen Datenträger, die der Staatsanwalt während des Prozesses als Beweismittel verwenden möchte, werden auf Anweisung des Staatsanwaltes in seinem Stahlsafe oder im Safe des Ermittlers aufbewahrt.

Die festgestellten Informationen über eine andere Straftat werden in einem anderen Verfahren nur auf der Grundlage der Entscheidung des Ermittlungsrichters und auf Ersuchen des Staatsanwalts verwendet - im Falle einer Ablehnung werden sie unverzüglich vernichtet.

Bei der GEFM gibt es wichtige Punkte. Das sind:

Die Protokolle über die Ergebnisse der GEFM sind schriftlich abgefasst.

Die Anhänge des Protokolls müssen ordnungsgemäß angefertigt sein, zur sicheren Lagerung verpackt und durch die Unterschriften der Personen, die die GEFM durchgeführt haben, zertifiziert sein (Art. 105 StPO).

Die Ergebnisse der GFEM sollten so aufgezeichnet werden, dass ihre Richtigkeit fachmännisch festgestellt werden kann.

Die Untersuchung der auf technischem Wege erhaltenen Informationen wird durch ein Protokoll dokumentiert, in dem der relevante Teil davon wiedergegeben ist (Abs. 1 Art. 266 StPO).

Die technischen Mittel, d.h. Datenträger mit erhaltenen Informationen müssen bis zum Inkrafttreten der gerichtlichen Entscheidung aufbewahrt werden (Art. 266 Teil 2 StPO) und können von Sachverständigen oder Experten analysiert werden (Art. 266 Teil 3 StPO)[13].

N. Ausbildung und Fortbildung des Nachwuchses für Steuerpolizei (Steuermiliz) der Ukraine

Bereits 1921 wurde als führende Lehranstalt für die Vorbereitung der Beschäftigten für Staatlichen Fiskalischen Dienst die nationale Universität des SFD der Ukraine gegründet. In ihrer Struktur hat sie sieben zivile Bildungs- und Wissenschaftsinstitute und Fakultät für Vorbildung, Weiterbildung und Fortbildung der Mitarbeiter der Steuerpolizei (Steuermiliz)[14].

In der einzelnen Fakultät in der Ukraine, die 1997 gegründet wurde, studieren die künftigen Steuerfahnder und Ermittler. Während ihres 23-jährigen Bestehens hat die Fakultät ca. 3.300 Steuerpolizeibedienstete ausgebildet.

Dank Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH verwirklicht an der Universität des SFD der Ukraine das Ausbildungsprogramm der Vorbereitung des Staatsbeamten mit Anwendung des dualen Studiums (Pilotprojekt, Meisterprogramm „Steuerverwaltung“).

O. Internationale Zusammenarbeit

Die Intensivierung der internationalen Beziehungen ist erklärtes Ziel sowohl der Ukraine als auch der EU. Am 1.9.2017 ist das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU offiziell in Kraft getreten. Die Vereinbarung macht somit frei Bahn die Zusammenarbeit zwischen Ukraine und EU im Bereich der

[13] Strafprozessordnung der Ukraine. Gesetz Nr. 4652-VI v. 13.04.2012.
[14] Siehe dazu die Seite der Uni des SFD der Ukraine: https://www.nusta.edu.ua/fakyltet-police/

Besteuerung, Finanzen, Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen, Terrorismusbekämpfung, Grenzkontrolle, Zollfahndung u.a. Bereichen. Es umfasst die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

In diesem Zusammenhang hat der Staatliche Fiskalische Dienst der Ukraine und seine Regionalbehörden, einschließlich Steuerpolizei, eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Vollzugsorganen der EU im Bereich von technischen und Finanzunterstützung beschlossen.

Nach einem offiziellen Bericht des SFD der Ukraine im 2018 wurde die Zusammenarbeit mit Vertretung der EU, Europäische Kommission, Schatzamt und Handelskammer der USA, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), UNOPS, WZO, International Business Machines (IBM), Vertretern von Kompanie „HuaweiUkraine“ (China), „ALPAC CAPITAL“ und „PetaPilot“ (Portugal) und anderen durchgeführt.

Außerdem wurden von 1986 bis heute 74 zweiseitige Verträge mit ausländischen und GUS-Länder über Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern von Einkommen und vom Vermögen abgeschlossen[15].

Seit 2012 entwickeln sich die Beziehungen mit Deutscher Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Am 27.05.2020 wurde ein Memorandum zwischen SSD der Ukraine und der GIZ abgeschlossen. An der Spitze stehen folgende Fragen: Anwendung von bestimmten Standards, die von BEPS vorgeschrieben sind, Automatisierungsdatenumtausch, Übereinstimmung von ukrainischen Gesetzgebung mit europäischen, duales Studium an der Uni des SFD der Ukraine, Stärkung der institutionellen Verhältnisse des Staatlichen Steuerdienstes der Ukraine.

Außerdem existiert seit 2013 die Zusammenarbeit mit dem Center of Excellence in Finance (CEF) mit Sitzung in Ljubljana, Slowenien.

P. Schlussbemerkung

Wie die Statistik zeigt, erfüllt die Steuerpolizeibehörde der Ukraine und die sog. Sondereinheit „Fantom“ ihre Aufgabe sehr effektiv, hat positive Resultate und bringt zum Staatshaushalt mehr Einkommen, als alle Rechtspflegendeorgane zusammen. Dies bezeugen die Kennziffern der Tätigkeit, die regelmäßig für die Gesellschaft veröffentlicht werden, wie auch die Gebühren, die von Steuerhinterziehern nachzuentrichten sind und zugunsten des Haushalts der Ukraine eingezogen werden.

[15] Offizielle Seite des Staatlichen Steuerdienstes der Ukraine: https://tax.gov.ua/diyalnist-/mijnarodne-/chinni-dvostoronni-mijuryadovi-ugodi--konventsii--pro-uniknennya-podviynog/.

Die Steuerreform in der Ukraine ist nicht abgeschlossen. In den Regierungskreisen, besteht keine einheitliche Meinung hinsichtlich der weiteren Existenz der Steuerpolizeibehörde wie in Struktur des SFD, sowie auch überhaupt. Seine Existenz und Funktionsweise sind umstritten.

Warum steht diese Frage so scharf und erregt die politischen Kreise und Abgeordneten? Im Hintergrund stehen die zahlreichen zuständigen rechtspflegenden Behörden in der Ukraine, die die Ukraine von ehemaligen Sowjetunion bekam, wie z.B. Staatsanwalt, Polizei, Sicherheitsdienst der Ukraine, die auch zu exekutiven Gewalt gehören, und gegen Wirtschaftskriminalität kämpfen. Im Gegenteil von genannten Behörden erfüllt die Steuerpolizei andere Aufgabe und kämpft gegen reine Steuer- und Finanzverletzungen, d.h. Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung, was bei den anderen rechtspflegenden Behörden nicht der Fall ist.

Und aus diesem Grund wird schon lange Zeit von Politiker und Abgeordnete die Idee ‚gehegt', alle Befugnisse zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Finanz- und Steuerdelikten der zuständigen rechtspflegenden Behörden in der Ukraine zu entziehen und an ihrer Stelle eine staatliche Strafverfolgungsbehörde mit breiten Aufgaben zu gründen.

Bis heute gibt es schon drei Gesetzesvorschläge (von der Partei der Präsidenten der Ukraine), in dem ein neues Organ unter Name Büro der Wirtschaftssicherheit mit Zahl der Mittarbeiter von (nur) 4.000 Menschen, vorgeschlagen wird und dabei dem Präsidenten der Ukraine unterstehen muss. Es kann aber zur Begründung der repressiven Behörde in den Händen des Präsidenten der Ukraine hinzuführen. Und dies kann mehrdeutige Reaktion von ausländischen Partnern erwecken. Und ob können die 4.000 zukünftigen Mitarbeiter des neugebauten Büros der Wirtschaftssicherheit die Aufgaben aller zuständigen Behörden bei der immer steigenden Kriminalität effektiv erfüllen, darüber schweigen die Kreise, welche hinter diesen Gesetzentwurf stehen. Die wichtigste für die Politiker ist zu wem dieses Büro unterstehen wird und welche Partei gewinnt dabei! Das Gesetz ist noch nicht abgestimmt und ratifiziert, aber steht an der Spitze und muss bis Ende 2020 ratifiziert sein.

Die internationale Erfahrung zeigt, dass die gleiche Behörde, wie z.B. die Steuerfahndung in Deutschland und Steuermiliz in der Ukraine, funktionieren in 65 Länder der Welt und dabei in der Struktur der Finanzverwaltung sind, außer Kolumbien, Zypern, Russland und Litauen[16].

Die Steuerverwaltung ist als Teil der Finanz- und öffentlichen Verwaltung für das Besteuerungsverfahren zuständig und hat die Aufgabe, die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen und zu erheben (vgl. § 85 der dt. Abgabenordnung). In der Finanzverwaltung ist das Finanzministerium die oberste Behörde. In keiner Weise kann dabei der Präsident des Landes

[16] Petrowa I.P., Shvabii K.I. Tax and customs swing: both merge and parting. *Міжнародний громадсько-політичний тижневик «Дзеркало тижня»*. 2019. № 1. 12 січня – 18 січня. URL: https://dt.ua/macrolevel/podatkovo-mitna-goydalka-to-zluka-to-rozluka-299334_.html.

die oberste Behörde sein, wem die neue staatliche Behörde, wie z.B. Büro der Wirtschaftssicherheit der Ukraine unterstehen soll.

©Ostinstitut Wismar, 2020
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751